

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Mittwoch, 10.02.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100
Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 18:44 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Holger Herlitschke - B90/GRÜNE

Mitglieder

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Peter Edelmann - CDU

Herr Björn Hinrichs - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann - Piratenpartei

Herr Jürgen Wendt - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Frau Barbara Räder - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Klaus Benscheidt - Verwaltung

Herr Thorsten Warnecke - Verwaltung

Frau Bianca Winter - Verwaltung

Herr Thomas Schulze - Verwaltung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2016 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig - Konzept | 16-01397 |
| 4 | Haushaltsplan 2016 – Beratung der Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie der Anträge zum Bürgerhaushalt bei den Teilhaushalten des Fachbereichs 61 Stadtplanung und Umweltschutz sowie den Teilhaushalten der Referate 0120 Stadtentwicklung und Statistik, 0600 Baureferat (nur Anträge des Bürgerhaushalts), 0610 Stadtbild und Denkmalpflege und 0630 Bauordnung | 16-01526 |
| 4.1 | Haushaltsplan 2016 – Beratung der Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie der Anträge zum Bürgerhaushalt bei den Teilhaushalten des Fachbereichs 61 Stadtplanung und Umweltschutz sowie den Teilhaushalten der Referate 0120 Stadtentwicklung und Statistik, 0600 Baureferat (nur Anträge des Bürgerhaushalts), 0610 Stadtbild und Denkmalpflege und 0630 Bauordnung | 16-01526-01 |
| 5 | Planung und Bau der Stadtstraße Nord zwischen der Hamburger Straße und dem Bienroder Weg | 16-01425 |
| 5.1 | Planung und Bau der Stadtstraße Nord zwischen der Hamburger Straße und dem Bienroder Weg | 16-01425-01 |
| 5.1.1 | TOP Ö 5 Planung und Bau der Stadtstraße Nord (zwischen der Hamburger Straße und dem Bienroder Weg) | 16-01601 |
| 6 | Anträge | |
| 7 | Anfragen | |
| 7.1 | Lärmschutzfragen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Fa. Kroker, Steinriedendamm 14a | 16-01518 |
| 7.1.1 | Lärmschutzfragen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Fa. Kroker, Steinriedendamm 14a | 16-01518-01 |

Nichtöffentlicher Teil:

- 8 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 9 Mitteilungen
- 10 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsherr Herlitschke eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2016

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.1. Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig - Konzept 16-01397

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 3.2 Mündliche Mitteilungen

Bebauungspläne Warnekamp und Alsterplatz

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 02. März 2016 die Satzungsbeschlüsse zu den beiden Bebauungsplänen beraten werden sollen. Die jeweils erforderlichen Baumfällungen sollen bis Ende Februar 2016 erfolgen.

Der Ausschuss nimmt die mündliche Mitteilung zur Kenntnis.

4. Haushaltsplan 2016 – Beratung der Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie der Anträge zum Bürgerhaushalt bei den Teilhaushalt des Fachbereichs 61 Stadtplanung und Umweltschutz sowie den Teilhaushalten der Referate 0120 Stadtentwicklung und Statistik, 0600 Baureferat (nur Anträge des Bürgerhaushalts), 0610 Stadtbild und Denkmalpflege und 0630 Bauordnung 16-01526

Beschluss:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 16-01526-01.

4.1. Haushaltsplan 2016 – Beratung der Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie der Anträge zum Bürgerhaushalt bei den Teilhaushalt des Fachbereichs 61 Stadtplanung und Umweltschutz sowie den Teilhaushalten der Referate 0120 Stadtentwicklung und Statistik, 0600 Baureferat (nur Anträge des Bürgerhaushalts), 0610 Stadtbild und Denkmalpflege und 0630 Bauordnung

16-01526-01

Die vorliegenden Anträge werden beraten. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse über die Ansatzveränderungen der Verwaltung sowie der Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind den Anlagen zur Niederschrift zu entnehmen.

Anlage 3: - Ergebnishaushalt – Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Zu Nr. 108 Öffentlichkeitsarbeit

Ratsherr Schicke-Uffmann erläutert den Antrag. Herr Warnecke erläutert die Inhalte dieses Haushaltsansatzes. Ratsherr Schicke-Uffmann bittet hierzu um eine schriftliche Darstellung an die Fraktionsgeschäftsstellen. Die Verwaltung sagt dies zu.

Anlage 5: - Investitionsmanagement 2015 – 2019 – Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Zu Nr. 132 Ref. 0610: Globale Zuschüsse für private Denkmäler

Ratsherr Dr. Büchs bittet um eine schriftliche Erläuterung zu dem Verhältnis der öffentlichen Zuschüsse bzw. Fördermittel und dem privaten Investment bei den geförderten Denkmalprojekten. Die Verwaltung sagt ein entsprechendes Schreiben an die Fraktionsgeschäftsstellen zu.

Zu Nr. 5S.610033 FB 61: Globale Baumaßnahmen Grünflächen-Abt. 61.7
Bolzplatz Harriegelweg und Jugendplatz Watenbüttel

Ratsfrau Palm nimmt Bezug auf die Errichtung des Bolzplatzes am Harriegelweg und bittet um die Benennung einer späteren konkreten Realisierungsmöglichkeit.

Herr Warnecke weist auf die erforderliche Haushaltskonsolidierung hin. Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass mit der bekannten Reduzierung der Gewerbesteuererinnahmen an verschiedenen Stellen im investiven Bereich Einsparmaßnahmen vorgenommen worden seien. Für die Realisierung seien im vorliegenden Fall die Projekte Bolzplatz Harriegelweg und Jugendplatz Watenbüttel ausgewählt worden, die aus Sicht der Verwaltung auch zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden könnten.

Ratsherr Schicke-Uffmann kritisiert die Verzögerung der Maßnahmen.

Ratsfrau Palm bittet die Verwaltung für die Beratung in den weiteren Gremien um eine konkrete Umsetzungsperspektive zu den beiden Maßnahmen. Die Verwaltung sagt dies zu.

Anlage 8: - Stellenplananträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Zu Nr. 160 Zusätzlicher Personalbedarf eines Biologen

Ratsherr Dr. Büchs erläutert den Antrag der BIBS-Fraktion auf Einrichtung einer Biologenstelle. Der Antrag wird diskutiert.

Ratsfrau Palm und Ratsherr Herlitschke bitten die Verwaltung, für die Beratung in den weiteren Gremien eine inhaltliche Bedarfsbeurteilung vorzunehmen. Die Verwaltung sagt dies zu.

Anlage 9a: - Anträge des Bürgerhaushaltes

Zu Nr. 28 Mehr Grün in der Innenstadt schaffen

Zu Nr. 32 Schlossplatz begrünen

Zu Nr. 57 Platz der Deutschen Einheit, Schlossplatz und Burgplatz begrünen

Nach kurzer Diskussion wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.

Zu Nr. 68 Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern

Der Ausschuss stellt fest, dass keine Zuständigkeit für eine Entscheidung über Satz 1 „Die Weddeler Schleife doppelseitig ausbauen.“ bestehe. In der Folge wird nur über Satz 2 „Häufige Busverbindung nach Wolfsburg schaffen.“ abgestimmt.

Beschluss:

„Dem Entwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsmanagement 2015 - 2019 des Fachbereiches 61 Stadtplanung und Umweltschutz sowie der Referate 0120 Stadtentwicklung und Statistik, 0600 Baureferat (nur für die Anträge des Bürgerhaushalts), 0610 Stadtbild und Denkmalpflege und 0630 Bauordnung wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung und den Anträgen des Bürgerhaushalts gefassten Beschlüssen zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3 dagegen: 0 Enthaltungen: 7

- | | |
|---|-----------------|
| 5. Planung und Bau der Stadtstraße Nord zwischen der Hamburger Straße und dem Bienroder Weg | 16-01425 |
|---|-----------------|

Abstimmungsergebnis:

Vertagt auf die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 02. März 2016.

- | | |
|---|--------------------|
| 5.1. Planung und Bau der Stadtstraße Nord zwischen der Hamburger Straße und dem Bienroder Weg | 16-01425-01 |
|---|--------------------|

Abstimmungsergebnis:

Vertagt auf die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 02. März 2016.

- | | |
|--|-----------------|
| 5.1.1. TOP Ö 5 Planung und Bau der Stadtstraße Nord (zwischen der Hamburger Straße und dem Bienroder Weg) | 16-01601 |
|--|-----------------|

Ratsherr Herlitschke nimmt Bezug auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Stadtstraße Nord solle nicht zur Kreisstraße, sondern zu einer Gemeindestraße mit Erschließungsfunktion für die Anlieger ausgebaut werden. Außerdem solle der Radverkehr auf der Stadtstraße Nord entsprechend den ursprünglichen Planungen und den Hinweisen des ADFC auf einem Radfahrstreifen auf der Fahrbahn und nicht auf einem Fahrradweg geführt werden. Der Beschluss über die Vorlage solle auf die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 02. März 2016 vertagt werden.

Herr Pottgießer stellt anschließend die Planung der Stadtstraße Nord ausführlich und umfassend anhand eines Planes vor.

Stadtbaurat Leuer geht auf die umfangreiche und frühzeitige Öffentlichkeitsarbeit ein, die in Bezug auf die Errichtung der Stadtstraße erfolgt sei. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass sich die zu erwartenden Verkehrsmengen seit dem vom Verwaltungsausschuss im Jahr 2013 beschlossenen Rahmenplan nicht verändert hätten.

In Bezug auf den Wunsch eines teilweisen Ausbaus der Stadtstraße Nord erläutert Stadtbaurat Leuer, dass ein vorläufiger Verzicht des Abschnitts zwischen Mittelweg und Hamburger Straße nicht umsetzbar sei. Auf dem Mittelweg würden sich dadurch Verkehrsbelastungen ergeben, die nicht tragbar wären.

Herr Benscheidt geht auf die einzelnen Punkte des Antrages der Fraktion Bündnis/Die Grünen ein und erläutert ausführlich, warum die Verwaltung an der bisherigen Planung festhalte. Hinsichtlich der Erschließungsbeiträge erläutert Herr Benscheidt, dass die Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung gesetzeskonform nicht möglich sei, da es sich beitragsrechtlich bei der Stadtstraße Nord eindeutig um eine Ersterschließung im Sinne der § 127 ff. Baugesetzbuch handele. Straßenausbaubeiträge nach § 6 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz i. V. m. der Straßenausbaubeitragssatzung könnten nur für die Erneuerung, Verbesserung, Herstellung und Erweiterung von öffentlichen Straßen erhoben werden, für die höherrangiges Bundesrecht (hier: Erschließungsbeitragsrecht) nicht greife. Bei der Entscheidung, ob das Erschließungsbeitragsrecht für die erstmalige Herstellung einer öffentlichen Erschließungsanlage anzuwenden sei, sei nicht relevant, ob die beitragspflichtigen Grundstücke durch eine oder mehrere Straßen bereits erschlossen seien.

Herr Benscheidt weist außerdem darauf hin, dass das Erschließungsbeitragsrecht Regelungen über Stundungen, Ratenzahlungen etc. enthalte. Diese Regelungen zu Sonderfällen würden geprüft und im Einzelfall angewendet.

Ratsfrau Palm kritisiert, dass durch den Antrag die über drei Jahre erfolgte Planung der Stadtstraße in mehreren Punkten nunmehr kurzfristig geändert werden solle.

Ratsherr Dr. Büchs befürwortet den Antrag. Er macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Straße um eine Erschließungsstraße und nicht um eine Durchgangsstraße handele. Aus Sicht von Ratsherrn Dr. Büchs habe sich die Verkehrsbelastung auf der Siegfriedstraße durch das VW-Logistikzentrum erheblich reduziert, sodass es hierfür keiner Entlastung bedürfe.

Auf Frage von Ratsherr Dr. Büchs teilt Herr Pottgießer mit, dass die beengte Verkehrsführung im Bereich der Einmündung der Wodanstraße nur vorübergehend sei. Nach dem endgültigen Ausbau der Stadtstraße Nord sei eine ausreichende Straßenbreite vorhanden.

Aus Sicht von Ratsherrn Dr. Plinke sei auch eine Radverkehrsführung auf einem Radfahrstreifen realisierbar. Stadtbaurat Leuer betont, dass auch aus städtebaulichen Aspekten die vorgestellte Lösung über einen Radverkehrsweg deutlich besser sei.

Ratsherr Manlik befürwortet die Radverkehrslösung in Form eines Radweges. Er weist auf die Verbindungsfunktion der Stadtstraße hin und kritisiert, dass die vorgelegte Planung durch den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geändert werden solle.

Nach weiterer Diskussion wird die Sitzung für zehn Minuten unterbrochen.

Im Anschluss spricht sich der Ausschuss dafür aus, über die Punkte 1 bis 3 des Antrages in umgekehrter Reihenfolge einzeln abzustimmen.

Beschluss:

3. Die Stadtstraße Nord wird nicht zu einer Kreisstraße, sondern eine Gemeindestraße mit Erschließungsfunktion für die Anlieger. Für die Umlage der Kosten wird die Straßenausbaubeitragssatzung angewendet. Unbillige Härten sind entsprechend § 15 dieser Satzung zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Beschluss:

2. Die Planung der Stadtstraße Nord ist bis dahin wie folgt zu überarbeiten:

a. Es sind die zu Grunde zu legenden Verkehrsmengen und ihre Herkunft (Verlagerung von anderen Straßen, Quell- und Zielverkehr) darzustellen. Dies ist für die einzelnen Abschnitte der Stadtstraße Nord jeweils separat nachzuweisen. Die Schwankungsbreiten, die durch eine "Pfortnerung" zu erzielen sind, sind ebenfalls darzustellen.

b. Der Radverkehr auf der Stadtstraße Nord soll entsprechend den ursprünglichen Planungen (s. Drucksache 17336/14) und den Hinweisen des ADFC (s. Anlage 1) auf einem Radfahrstreifen auf der Fahrbahn geführt werden.

c. Die Einmündung der Stadtstraße Nord in den Bienroder Weg ist so umzugestalten, dass die bestehenden Bäume am Bienroder Weg erhalten werden. Dabei sind die Vorschläge der Initiative "MoVeBS" ("Mobilität und Verkehr in Braunschweig") zu berücksichtigen (s. Anlage 2).

d. Auf den Bau des Abschnitts zwischen Mittelweg und Hamburger Straße wird vorerst verzichtet, die Verkehrsentwicklung wird beobachtet und nach Bedarf durch den Planungs- und Umweltausschuss eine neue Entscheidung herbeigeführt.

e. Der Anschluss der Stadtstraße Nord an den Mittelweg ist entsprechend den zumindest vorläufig geringeren Verkehrsmengen reduziert zu gestalten.

f. Die Kreuzung der Stadtstraße Nord mit der Spargelstraße ist als aufgepflasterter Platz mit Aufenthaltsqualität für Fußgänger/innen zu gestalten.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3 dagegen: 4 Enthaltungen: 4

Beschluss:

1. Der Beschluss über die Planung und den Bau der Stadtstraße Nord wird auf die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 02.03.2016 verlagt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 5 Enthaltungen: 0

6. Anträge

7. Anfragen

7.1. Lärmschutzfragen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Fa. Kroker, Steinriedendamm 14a

16-01518

Frau Ellenberger beantwortet die Anfrage. Die Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsherr Dr. Büchs bittet um eine Aussage zu den erfolgten schalltechnischen Messungen.

Protokollnotiz:

Im Rahmen des derzeit laufenden Bauantragverfahrens wurde im Auftrage des Vorhabenträgers ein schalltechnisches Gutachten erstellt. Zu diesem Zweck wurden am 7. April 2014 auf dem Betriebsgelände der Fa. Kroker durch den Gutachter schalltechnische Messungen zur Erfassung der einzelnen Emissionsquellen durchgeführt.

TOP 7.2

Mündliche Fragen

Sachstand zum Grundstück des ehemaligen Großen Waisenhauses

Ratsherr Dobberphul bittet um einen Sachstand hierzu.

Protokollnotiz:

Zurzeit liegen noch keine konkreten Ergebnisse vor.

Besichtigung des Postgleises im Bereich des Ringleises

Ratsherr Dobberphul regt einen Ortstermin unter Beteiligung von DB-Netz an.

Herr Warnecke sagt eine Prüfung zu.

Oldtimertreffen auf dem Harz + Heide Gelände

Ratsherr Manlik erläutert, dass am 01. Mai 2016 ein Oldtimertreffen auf dem Harz + Heide Gelände stattfinden solle. Aufgrund von Baumaßnahmen für Flüchtlingsunterkünfte könne womöglich in diesem Jahr keine Genehmigung für die Veranstaltung erteilt werden. Ratsherr Manlik bittet um Prüfung.

Protokollnotiz:

Dem Veranstalter liegt zwischenzeitlich ein Vertragsentwurf für die beantragte Nutzung des Geländes vor.

Mehrere Bauvorhaben im Bereich Langer Kamp

Ratsherr Manlik berichtet über Verkehrsbehinderungen im Bereich der Franz-Liszt-Straße durch den Anlieferverkehr von LKW. Dieser Bereich werde zusätzlich durch parkende Wohnwagen belastet. Ratsherr Manlik bittet um eine kurzfristige Lösung hierzu.

Grundstück Dr. Gott / Fläche des NABU (Ecke Hondelager Weg/Bevenroder Straße)

Ratsherr Manlik erklärt, dass bisher kein Kontakt zwischen Dr. Gott und dem NABU zustande gekommen sei und bittet die Verwaltung um Unterstützung.

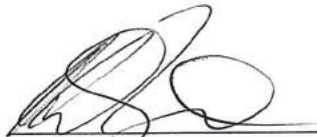
Nichtöffentlicher Teil:

8. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

9. Mitteilungen

10. Anfragen

Die Sitzung wird um 18:44 Uhr geschlossen.



Herlitschke
Vorsitzender



Leuer
Stadtbaurat



Schulze
Protokollführung

Anwesenheitsliste

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

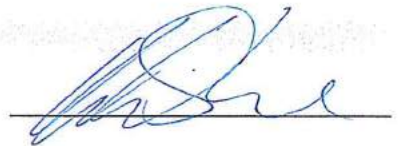
Sitzung: Mittwoch, 10.02.2016, 14:00 Uhr / Sitzungsende: 18:45 h
Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Name

Unterschrift

Vorsitz

Herr Holger Herlitschke - B90/GRÜNE

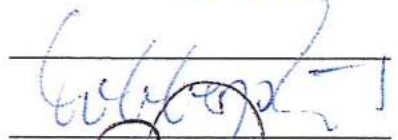


Mitglieder

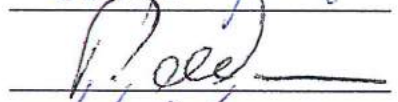
Herr Reinhard Manlik - CDU



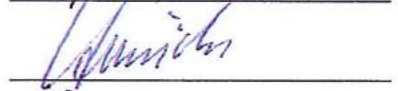
Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS



Herr Manfred Dobberphul - SPD



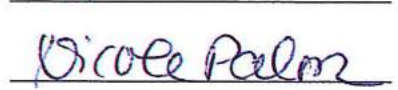
Herr Peter Edelmann - CDU



Herr Björn Hinrichs - CDU



Herr Detlef Kühn - SPD



Frau Nicole Palm - SPD



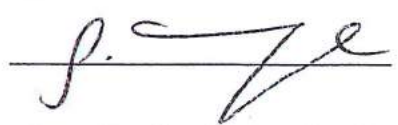
Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE



Herr Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann - Piratenpartei



Herr Jürgen Wendt - CDU



Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Andreas Becker - SPD

fehlt entschuldigt

Herr Gregor Dreischoff - CDU

fehlt entschuldigt

Herr William Labitzke - SPD

Name**Unterschrift**

Herr Jörg Matthes - CDU

fehlt entschuldigt

Frau Barbara Räder - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - Verwaltung

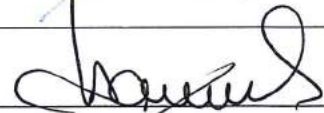
Herr Klaus Benschmidt - Verwaltung

Herr Thorsten Warnecke - Verwaltung

Herr Thomas Schulze - Verwaltung

Herr T. Meyer - -

Nathias Bode - u -

**Name****Unterschrift**

Herr Friedrich Meyer / Seniorenrat

ELLENBERGER Ref. 0630

Schumann Fax 4377

Beschauer FB 61.0

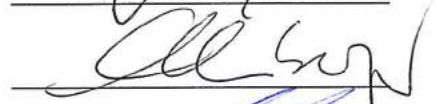
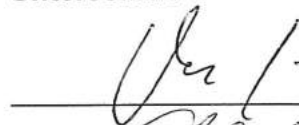
Blau dt FB 61.0-AG 1

Langemann Pi Brg. | E/V

Wichert FB 66.03

Pottgißer 66.22

Wiegel, Burkhard 66.2



Anlage 2

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Haushaltslesung 2016 - Stellenplan - Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.		Ja	Nein	Enth.
Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz																	
30			Bündnis 90/ Die Grünen												0	0	0
															Photovoltaik auf Dächern städtischer Gebäude Seit Jahren ist es erklärte Absicht der Stadt Braunschweig, als Beitrag zum Klimaschutz auch auf den Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen zu errichten. Leider ist die Umsetzung dieser Absicht in der Vergangenheit nur sehr partiell und zögerlich erfolgt. Das vorzulegende Konzept soll für Rat und Öffentlichkeit erkennbar machen, wie die Stadt hier vorgeht und damit für die Ratsgremien eine Steuerungsmöglichkeit schaffen.		
Anmerkung der Verwaltung																	

Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend																		
33	Diverse	Straßennamen und Hausnummern Luisenpark Luisenpark	Piraten	Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten Anderenfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.														
																		0
Anmerkung der Verwaltung																		

Anlage 3

Finanzwirksame Anträge - Ergebnishaushalt
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Abstimmungsergebnis			
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Dauer	Ja	Nein	Enth.
						Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.				

Teilhaushalt Ref. 0630 Bauordnung

		Diverse											
157 NEU	1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	BIBS										
				Kostenübernahme für die Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) Die BISS hatte eine Akteneinsicht in die Bauunterlagen der Firmen am Gieselweg und Harxbütteler Straße in Braunschweig beantragt. Damit sollte - letztlich auch im Sinne der Stadt Braunschweig - mehr Transparenz geschaffen werden. Leider erhielt die BISS trotz ihrer Bitte, die Kosten im Vorfeld genannt zu bekommen, nur umfangreich geschwärzte Unterlagen und eine Rechnung in Höhe von 413,70 €. Daher bittet die BISS die Stadt um die Kostenersatzung, da sie zur Einhaltung der Zahlungsfristen den Betrag bereits an die Stadtverwaltung überwiesen haben. Die BISS merkt in diesem Zusammenhang auch an, dass sie der Stadt BS ihre Informationen immer kostenlos zur Verfügung gestellt hat, insbesondere das Rechtsgutachten (Kostenpunkt 6006 Euro), das die Stadt in die Lage versetzte, die Ansiedlung von mit radioaktiven Materialien umgehenden Firmen auf dem Gelände zukünftig auszuschließen.									
						-	414						
				einmalig									
				Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Verwaltungsgebühren									
				Anmerkung der Verwaltung: Es handelt sich um eine Absetzung vom Ertrag nach § 27 GemHKVO.									

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

		Diverse											
108	1.51.5119.02	Öffentlichkeitsarbeit	Piraten										
				Öffentlichkeitsarbeit Öffentlichkeitsarbeit soll beim Ansatz von 2015 bleiben (der auch schon ganz schön hoch war).									
						- 150.000		- 150.000		- 150.000			
				dauerh.									
				Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse									
				Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan.									

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 3

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				Dauer	Abstimmungsergebnis	
				bisher	neu	2016	2017	2018	2019		Ja	Nein
						Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Enth.
	6	Privatrechtliche Entgelte										
109	1.51.5112.04	Geodatenservice	Piraten	Geodatenservice						dauerh.	5	3
				In den vergangenen Jahren war das Ergebnis immer wesentlich besser als der Ansatz.								0
						+ 10.000		+ 10.000				
									+ 10.000			
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Erträge aus Verkauf								
Anmerkung der Verwaltung:												

Anlage 4

Ansatzveränderungen der Verwaltung - Ergebnishaushalt

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)
Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.		Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

15		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		806.200	797.600	0	-	8.600	0	0	0	0	0	0			
1	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten						-	8.600	0	0	0	0	0	10	0	0
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es ist eine einmalige Reduzierung von Projektmitteln möglich.																	
einmalig																	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):																	
427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen																	

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

Diverse						0	-	600	0	-	600	0	-	600			
2	Diverse							-	600	-	600	-	600	600	10	0	0
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes																	
dauerh.																	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):																	
Diverse																	

[illegible]

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

[illegible]

	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	632.000	732.000	100.000	0	100.000	0	100.000	0				
4	1.51.5111.03	Bebauungsplanung									dauerh.	5	4	1
Planungsleistungen, Gutachten, etc. im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Holzmoor-Nord, Wilhelmstraße-Nord, Mittelweg-Südwest und Rautheimer Kaserne werden künftig von der Stadt erbracht bzw. beauftragt und bezahlt. Anschließend erfolgt eine Erstattung durch die jeweilige Vorhabenträgerin. Den Erträgen stehen demnach entsprechende Aufwendungen gegenüber (siehe unten). Bislang sah das Verfahren vor, dass die Erbringung von Planungsleistungen an die Vorhabenträgerin übertragen wurde, die ihrerseits die erforderlichen Beauftragungen vorgenommen hat.														
				+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000				
		Erstattung von privaten Unternehmen												
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkontol):		348710												

[illegible]

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)
Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 4

Nr.	Teilhaushalt-Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.		Ja	Nein	Enth.
Alle Teilhaushalte																	
	Diverse					0	- 1.956.853	0	305.647	0	- 115.424	0	- 184.698				
6	Diverse													dauerh.	11	0	0
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Rücknahme der pauschalen Steigerung der Aufwandsbudgets in den Folgejahren (564.500 € p. a.)																	
									- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500				
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse																	
7	Diverse													dauerh.	nicht abgestimmt		
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen Der Gesetzgeber beabsichtigt, den Kommunen die Angleichung der LoB-Zahlungen für Beamte an die tariflichen Regelungen zu ermöglichen. Eine rechtliche Verpflichtung soll jedoch nicht bestehen. In der Haushaltsplanung war die Aufstockung des bisherigen Ansatzes um 670.000 € auf insgesamt 950.000 € vorgesehen. Auch vor dem Hintergrund der bislang fehlenden rechtlichen Regelung soll nunmehr nur der ursprüngliche Betrag von 280.000 € verbleiben, um LoB-Zahlungen an die leistungsstärksten Beamten auch weiterhin zu ermöglichen.																	
							- 670.000		- 670.000		- 670.000		- 670.000				
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse																	
8	Diverse													dauerh.	nicht abgestimmt		
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) hat mitgeteilt, dass die Quote für das Sanierungsgeld von derzeit 2% der Tarifentgelte auf 0,14% ab dem Haushaltsjahr 2016 gesenkt wird. Dies führt zu - Einsparungen i. H. v. 1,03 Mio. € pro Jahr. Einmalig werden für vergangene Jahre 3,12 Mio. € in 2016 erstattet.																	
							- 4.150.000		- 1.030.000		- 1.030.000		- 1.030.000				
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse																	
9	Diverse													dauerh.	nicht abgestimmt		
Mehrbedarfe Personalaufwand Der Mehrbedarf entsteht insbesondere durch weitere Stellenschaffungen (ohne Stellen für Flüchtlingsthematik).																	
							+ 1.190.300		+ 1.969.100		+ 1.969.100		+ 1.969.100				
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse																	

rich + obedient

Anlage 5

Finanzwirksame Anträge - Investitionsmanagement 2015-2019
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

Zuschüsse für private Denkmäler

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-66.800	0	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	0			
----	---	--	--	---------	---	---------	---------	---------	---------	---	--	--	--

132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE	bisher neu Veränderung	184.200 51.000 -133.200	51.000 51.000	33.300 0 -33.300	33.300 0 -33.300	33.300 0 -33.300	33.300 0 -33.300	0	0	9	2
Antrag		Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €). -siehe auch Zeile 17.												
Anmerkung der Verwaltung		Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor.												

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei bisher neu Veränderung	184.200 117.400 -66.800	51.000 51.000	33.300 16.600 -16.700	33.300 16.600 -16.700	33.300 16.600 -16.700	33.300 16.600 -16.700	0 0 0	1	9	1
Antrag			Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €). - siehe auch Zeile 17.										
Anmerkung der Verwaltung			Siehe Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 132 Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor.										
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											-200.000 0 -50.000 -50.000 -50.000 -50.000 0		
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE bisher neu Veränderung	553.000 153.000 -400.000	153.000 153.000	100.000 0 -100.000	100.000 0 -100.000	100.000 0 -100.000	100.000 0 -100.000	0 0 0	0	9	2
Antrag			Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €; Einnahmen jährlich: 33.300 €). - siehe auch Zeile 10.										
Anmerkung der Verwaltung			Siehe Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 132 Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor.										

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei bisher neu Veränderung	553.000 353.000 -200.000	153.000 153.000	100.000 50.000 -50.000	100.000 50.000 -50.000	100.000 50.000 -50.000	100.000 50.000 -50.000	0	✓	9	✓
	Antrag		Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 10.										
	Anmerkung der Verwaltung		Siehe Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 132 Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor.										

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Sonstige Maßnahmen

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	210.000	0	210.000	0	0	0	0	0
5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321	bisher neu Veränderung	368.000 458.000 90.000	260.000 260.000 90.000	27.000 117.000 90.000	27.000 27.000 0	27.000 27.000 0	0
Antrag			Zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Bolzplatzes am Hartriegelweg in Völkernode auf der Grundlage der in 2015 seitens der Verwaltung erfolgten Planung unter Beteiligung der Jugendlichen aus Völkernode und der ebenfalls den Platz am Hartriegelweg nutzenden Vereine und Gruppen für das Haushaltsjahr 2016 (90.000 €).						
Anmerkung der Verwaltung			Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 €.						

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis Ja Nein Enth.
55.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abl.61.7	SB 321	bisher neu Veränderung	368.000 488.000 120.000	260.000 260.000	27.000 147.000 120.000	27.000 27.000 0	27.000 27.000 0	27.000 27.000 0	0	
Antrag			Zusätzliche Haushaltsmittel für die Standortsuche und die Gestaltung eines Jugendplatzes nach dem Braunschweiger Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung im Ortsteil Watenbüttel an einem möglichst zentral gelegenen Platz für das Haushaltsjahr 2016 (120.000 €).								
Anmerkung der Verwaltung			Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 €.								

Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										
				-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0	
137	diverse	Piratenpartei	bisher neu Veränderung	10.269.100 8.669.100 -1.600.000	7.167.300 7.167.300	786.300 386.300 -400.000	768.300 368.300 -400.000	772.900 372.900 -400.000	774.300 374.300 -400.000	0	
Antrag			Reduzierung der Haushaltsmittel für Schönheitsreparaturen stadtwweit auf etwa 50% (jährliche Kürzung 400.000 €).								
Anmerkung der Verwaltung			Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieser Projekte bereits um ca. jährlich 10 % gekürzt worden. Eine über die o.g. Kürzung hinausgehende Verringerung der Ansätze für Schönheitsreparaturen wird seitens der Verwaltung kritisch gesehen, da zum Teil mietvertragrechtliche Regelungen zur Durchführung von Schönheitsreparaturen bestehen. Außerdem ergänzen Schönheitsreparaturen die laufende Instandhaltung und erhalten so die Funktionstüchtigkeit der betroffenen Liegenschaften.								

Anlage 6

Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Investitionsmanagement 2015-2019

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis	
											Ja	Nein Enth.

Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

Nationale Projekte des Städtebaus

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)					-903.200	-584.600	-318.600	0	0	0	0
----	---	--	--	--	--	----------	----------	----------	---	---	---	---

57.a	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d. Städtebaus	bisher neu Veränderung	1.063.200 160.000 -903.200	160.000 160.000	584.600 0 -584.600	318.600 0 -318.600	0	0	0	11	0
		Bemerkung	Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird									

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)					-1.355.000	-877.000	-478.000	0	0	0	0
----	---	--	--	--	--	------------	----------	----------	---	---	---	---

57.b	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d. Städtebaus	bisher neu Veränderung	1.595.000 240.000 -1.355.000	240.000 240.000	877.000 0 -877.000	478.000 0 -478.000	0	0	0	11	0
		Bemerkung	Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird									

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Alltagsanierung Breite Straße / Gördelingerstraße

10		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-530.000	-5.000	-460.000	-65.000	0	0				
58.a	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr.-Alltagsbesit.	131	bisher neu Veränderung	690.000 160.000 -530.000	0 0 -5.000	540.000 80.000 -460.000	105.000 40.000 -65.000	0 0 0	0	10	0	1
	Anpassung der Finanzraten für die Alltagsanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)												
	Bemerkung												

17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-300.000	0	0	0	0	0	-300.000			
58.b	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr.-Alltagsbesit.	131	bisher neu Veränderung	2.300.000 2.000.000 -300.000	150.000 150.000 0	800.000 800.000 0	200.000 200.000 0	500.000 500.000 0	450.000 150.000 -300.000	10	0	1
	Anpassung der Finanzraten für die Alltagsanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)												
	Bemerkung												

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
60	5E.610007	Volkmarode/Erschließung	114 bisher 343.187 neu 253.187 Veränderung -90.000	100.000 10.000 -90.000	243.187 243.187	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	11		
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										
61	5E.610010	Gew.-geb Rautheim-Nord/Erschl.	213 bisher 410.000 neu 321.000 Veränderung -89.000	50.000 0 -50.000	100.000 100.000	100.000 85.000 -15.000	160.000 136.000 -24.000	0 0 0	0 0 0	0	11		
NEU		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung	VE 2017: 100.000 VE 2017 neu: 85.000 VE 2017 Veränderung: -15.000									
62	5E.610014	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd /Erschl.	224 bisher 499.800 neu 462.300 Veränderung -37.500	100.000 85.000 -15.000	249.800 249.800	150.000 127.500 -22.500	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	11		
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis					
				in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	Ja	Nein	Enth.			
63	5E.610016	Roselies-Süd/Erschließung	213	bisher neu Veränderung	437.091 437.091	101.000 85.900 -15.100	360.000 206.000 -154.000	380.700 223.600 -157.100	180.500 153.500 -27.000	0 0 0	11 0 0					
NEU				VE 2017:	360.000	VE 2017 neu:	206.000	VE 2017 Veränderung:	-154.000							
NEU				VE 2018:	380.700	VE 2018 neu:	223.600	VE 2018 Veränderung:	-157.100							
NEU				VE 2019:	180.500	VE 2019 neu:	153.500	VE 2019 Veränderung:	-27.000							
				Einsparvorschlag Konsolidierung												
			Bemerkung													
64	5E.610017	Lammer Busch-Ost / Erschließung	321	bisher neu Veränderung	25.904 25.904	139.000 118.200 -20.800	211.000 129.400 -81.600	0 0 0	0 0 0	0 0 0	11 0 0					
NEU				VE 2017:	211.000	VE 2017 neu:	129.400	VE 2017 Veränderung:	-81.600							
				Einsparvorschlag Konsolidierung												
			Bemerkung													

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

65	5E.610027	Am Meerberg/Erschließung	211	bisher neu Veränderung	155.000 139.300 -15.700	50.000 50.000	105.000 89.300 -15.700	0 0 0	0 0 0	0 0 0	M	D	D

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Gewässerentwicklung Mittelriede, Tafelmakenweg

10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)													
				-55.400		-27.700	-27.700	0	0	0			

68.a	4S.610037	Mittelriede, Tafelmakenw./Gew.entw	120	bisher neu Veränderung	150.000 94.600 -55.400	0 0 -27.700	75.000 47.300 -27.700	0 0 0	0 0 0	0	10	1	0
	Bemerkung			Einsparvorschlag Konsolidierung									

17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)													
				-111.000		-55.500	-55.500	0	0	0			

68.b	4S.610037	Mittelriede, Tafelmakenw./Gew.entw	120	bisher neu Veränderung	300.000 189.000 -111.000	0 0 -55.500	150.000 94.500 -55.500	0 0 0	0 0 0	10	1	0
	Bemerkung			Einsparvorschlag Konsolidierung								

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

EFRE-Projekt Umweltmaßnahmen

10		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-172.000	0	-100.000	78.000	-50.000	-100.000				
69.a	4S.610038	Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte	bisher neu Veränderung	300.000 128.000 -172.000	0 0 0	0 0 0	100.000 0 -100.000	50.000 128.000 78.000	50.000 0 -50.000	100.000 0 -100.000	11	0	0
	Bemerkung		Wegfall des bisherigen Projektes "Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt" und Anmeldung eines neuen Projektes "Umweltmaßnahmen / EELA-Projekte", das neue Projekt beinhaltet Vorhaben zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensräumen und Arten der ländlichen Landschaften. Die Förderung beträgt 80 % der förderfähigen Kosten (förderfähige Kosten: 160.000 EUR; nicht förderfähige Kosten: 24.400 EUR - Erstattung : 128.000 EUR)										

17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-415.600	-20.000	-20.000	-20.000	-75.600	-100.000	-200.000			
69.b	4S.610038	Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte	bisher neu Veränderung	600.000 184.400 -415.600	0 0 -20.000	100.000 80.000 -20.000	100.000 80.000 -20.000	100.000 24.400 -75.600	100.000 0 -100.000	200.000 0 -200.000	11	0	0
	Bemerkung		Wegfall des bisherigen Projektes "Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt" und Anmeldung eines neuen Projektes "Umweltmaßnahmen / EELA-Projekte", das neue Projekt beinhaltet Vorhaben zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensräumen und Arten der ländlichen Landschaften. Die Förderung beträgt 80 % der förderfähigen Kosten (förderfähige Kosten: 160.000 EUR; nicht förderfähige Kosten: 24.400 EUR - Erstattung : 128.000 EUR)										

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 61

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				16.300	-48.600	14.000	27.900	23.000	0			
----	---	--	--	--	--------	---------	--------	--------	--------	---	--	--	--

70	4E.610003	Riddagshausen/"Natur erleben"	112	bisher neu Veränderung	253.293 244.893 -8.400	3.500 1.400 -2.100	3.500 1.400 -2.100	3.500 1.400 -2.100	3.500 1.400 -2.100	0 0 0	10	0	1
	Bemerkung			Einsparvorschlag Konsolidierung									

71	4E.610013	Plätzer Straße / Ausgleichsmaß.		bisher neu Veränderung	209.700 128.300 -81.400	0 0 -76.500	0 0 0	0 0 0	0 0 -4.900	0 0 0	10	1	0
	Bemerkung			Einsparvorschlag Konsolidierung									

72	4S.610024	FB 61:Global Zusch. f. Flurbereinigungs.		bisher neu Veränderung	185.000 305.000 120.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 0 0	10	1	0
	Bemerkung			Zusätzliche Mittel für Flurbereinigungsmaßnahmen in Höhe von jährlich 30.000 EUR (Wiederaufnahme des Projektes)									

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015- 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

73	4S.610032	FB 61:Förderprogramm f.regener.Energien	bisher neu Veränderung	370.000 356.100 -13.900	277.000 277.000	0 0 0	93.000 79.100 -13.900	0 0 0	0 0 0	0 0 0	10	0	1
	Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung (gemäß FB 61 müssen jedoch die Haushaltsreste 2015 in das Jahr 2016 übertragen werden)											

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)												
				-20.800		-5.200	994.800	-5.200	-1.035.200	30.000			

74	5E.610004	Westpark 2. BA	bisher neu Veränderung	1.886.292 1.886.292 0	136.292 136.292	0 0 0	0 0 0	0 0 0	200.000 170.000 -30.000	1.550.000 1.580.000 30.000	11	0	0
	Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung											

75	5E.610028	Ringgleis - Ausbau und Schließung	bisher neu Veränderung	3.450.000 3.450.000 0	0 0 0	450.000 450.000 0	500.000 1.500.000 1.000.000	500.000 500.000 0	2.000.000 1.000.000 -1.000.000	0 0 0	11	0	0
	Bemerkung	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf											
				VE 2017:	500.000	VE 2017 neu:	1.500.000	VE 2017 Veränderung:	1.000.000				

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Anlage 6

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis Ja Nein Enth.
----------	------------------------	-------------------	-----------	----------------------	----------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	--

76	5S.610030	Wanderwege / Grünzüge	bisher neu Veränderung	141.890 129.890 -12.000	61.890 61.890	20.000 17.000 -3.000	20.000 17.000 -3.000	20.000 17.000 -3.000	20.000 17.000 -3.000	0 0 0	10 1 0
NEU				VE 2017:	20.000	VE 2017 neu:	17.000	VE 2017 Veränderung:	-3.000		
NEU				VE 2018:	20.000	VE 2018 neu:	17.000	VE 2018 Veränderung:	-3.000		
NEU				VE 2019:	20.000	VE 2019 neu:	17.000	VE 2019 Veränderung:	-3.000		
				Einsparvorschlag Konsolidierung							
			Bemerkung								

77	5S.610031	Grüne Stadtplätze	bisher neu Veränderung	135.904 127.104 -8.800	75.904 75.904	15.000 12.800 -2.200	15.000 12.800 -2.200	15.000 12.800 -2.200	15.000 12.800 -2.200	0 0 0	10 1 0
NEU				VE 2017:	15.000	VE 2017 neu:	12.800	VE 2017 Veränderung:	-2.200		
NEU				VE 2018:	15.000	VE 2018 neu:	12.800	VE 2018 Veränderung:	-2.200		
NEU				VE 2019:	15.000	VE 2019 neu:	12.800	VE 2019 Veränderung:	-2.200		
				Einsparvorschlag Konsolidierung							
			Bemerkung								

Anlage 7

Ansatzveränderungen der Verwaltung

- Investitionsmanagement 2015-2019

Hier: 10% Kürzungen der Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis Ja Nein Enth.
----------	------------------------	-------------------	-----------	----------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	--

Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	-4.600	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600	0		
7	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	47.300 42.700 -4.600	27.300 24.700 -2.600	27.300 24.700 -2.600	27.300 24.700 -2.600	27.300 24.700 -2.600	0 0 0		
	Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung								

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-1.600	0	-700	-300	-300	-300	0		
----	---	--	--------	---	------	------	------	------	---	--	--

8	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	21.600 20.000 -1.600	8.400 7.700 -700	4.400 4.100 -300	4.400 4.100 -300	4.400 4.100 -300	0 0 0		
	Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung								

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis Ja Nein Enth.
----------	------------------------	-------------------	-----------	----------------------	----------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	--

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0	-600	-600	-600	-600	0	
----	---	--	--	--	---	------	------	------	------	---	--

36	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	0 0 0		
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung									

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-400	0	-100	-100	-100	0	
----	---	--	--	--	------	---	------	------	------	---	--

37	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	6.000 5.600 -400	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	0 0 0		
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung									

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis Ja Nein Enth.
----------	------------------------	-------------------	-----------	----------------------	----------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	--

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)									
				0		0	0	0	0	0
38	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	0
	Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung							

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)									
				0	0	0	0	0	0	0

39	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	13.200 13.200 0	3.300 3.300 0	3.300 3.300 0	3.300 3.300 0	3.300 3.300 0	3.300 3.300 0	0
	Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung							

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis Ja Nein Enth.
----------	------------------------	-------------------	-----------	-----------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	--

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	0	
----	---	--	---	---	---	---	---	---	---	---	--

40	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	255.000 255.000 0	AA OO OO
Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung									

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0			
----	---	--	---	---------	---------	---------	---------	---	--	--	--

41	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	245.900 230.000 0	200.900 189.500 -11.400	225.900 212.000 -13.900	199.600 188.400 -11.200	210.000 210.000 0	AA OO OO
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung						

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis Ja Nein Enth.
----------	------------------------	-------------------	-----------	----------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	--

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-20.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0	
----	---------------------------------	--	---------	---	--------	--------	--------	---------	--------	---	--

42	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	200.000 180.000 -20.000	30.000 27.000 -3.000	30.000 27.000 -3.000	30.000 27.000 -3.000	110.000 99.000 -11.000	30.000 27.000 -3.000	0 0 0	
			VE 2017:	30.000	VE 2017 neu:	27.000	VE 2017 Veränderung:	-3.000			
			VE 2018:	30.000	VE 2018 neu:	27.000	VE 2018 Veränderung:	-3.000			
			VE 2019:	30.000	VE 2019 neu:	27.000	VE 2019 Veränderung:	-3.000			
	Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung								

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-25.600	0	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400	0	
----	---	--	---------	---	--------	--------	--------	--------	--------	---	--

43	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	263.200 237.600 -25.600	65.800 59.400 -6.400	65.800 59.400 -6.400	65.800 59.400 -6.400	65.800 59.400 -6.400	65.800 59.400 -6.400	0 0 0	
			VE 2017:	42.000	VE 2017 neu:	37.800	VE 2017 Veränderung:	-4.200			
			VE 2018:	42.000	VE 2018 neu:	37.800	VE 2018 Veränderung:	-4.200			
			VE 2019:	42.000	VE 2019 neu:	37.800	VE 2019 Veränderung:	-4.200			
	Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung								

Anlage 8

Stellenplananträge
der Fraktionen und Stadtbezirke

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Ja	Nein	Enth.
						Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.			

Stellenplananträge

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild- und Denkmalpflege

151	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	Piraten	Peter Joseph Krahe Preis		Die Produktbeschreibung erklärt den vorgeschlagenen Personalbedarf nicht.						dauerh.		1	1	1
						- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000				

Anmerkung der Verwaltung

Der Peter-Joseph-Krahe Preis ist der Architekturpreis der Stadt Braunschweig, mit dem sich eine Anerkennung für die Architektenschaft, aber auch für die Bauherrenschaft ausdrückt, die sich bei Baumaßnahmen über deren reine funktionale Belange hinaus um die gestalterische Qualität ihrer Bauvorhaben bemüht haben.

Die Vorbereitung und Begleitung der alle 5 Jahre stattfindenden Preisverleihung erfolgt federführend durch das Referat Stadtbild und Denkmalpflege und wird dort entsprechend der großen öffentlichen Bedeutung als wesentliche Aufgabe im jeweiligen Jahr der Verleihung mit entsprechender Priorisierung und daraus folgend entsprechendem Personaleinsatz wahrgenommen. Neben dem Projektleiter (E 14) nehmen auch beim Referatsleiter (E 15) die inhaltlichen und konzeptionellen Vorüberlegungen und Fragestellungen größere Zeitelemente in Anspruch. Daneben sind auch von den beiden Verwaltungskräften des Referates (A 10, E 5) umfangreiche Zusatzen zu leisten.

Aufgrund des fünfjährigen Verleihturnus und der Verteilung der Aufgaben auf verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates mit jeweils spezifischen Qualifikationen kann, selbst bei einem für die Bauverwaltung nicht vertretbarem Verzicht auf diese Aufgabenwahrnehmung, eine dauerhafte Personaleinsparung nicht hergeleitet werden.

Ergänzend ist anzumerken, dass auf dem Produkt „Sonderaufgaben“ neben dem Peter-Joseph-Krahe Preis noch weitere, nicht einem spezifischen Produkt zuzuordnende Aufgaben abgebildet werden, für die noch keine eigenständige Leistung definiert wurde, z.B. im Zusammenhang mit dem Soziokulturellem Zentrum (Koordination der baulichen Aspekte im Dez. III und Vertretung gegenüber den Investoren; Aufstellung von Raumprogramm und Baubeschreibung; Ausstattungsstandards; Vertragsgestaltung) sowie mit der Stadtmuerstudie (Koordination der Studie Stadtmuerreste Burgmühlengraben; Konzeption „Archäologischer Pfad“).

[illegible]

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

152	1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungsv erfahren	Piraten	Grundstücksgenehmigungsverfahren Eine Überprüfung, ob auf einem Grundstück ein städtisches Vorkaufsrecht besteht, kann so lange nicht dauern. Der Personalaufwand von 3 Stellen erscheint unplausibel.	dauerh.	A	9	0
				- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000

Anmerkung der Verwaltung

Die Möglichkeit der Nutzung bestehender Vorkaufsrechte ist ein wichtiges Instrument zur Umsetzung städtischer Planungen. Die Nutzung des Instrumentes erfordert jedoch die vollständige Prüfung aller eingehenden Grundstückskaufverträge.

Zur Antragsbearbeitung gehört die formale Erfassung der Anträge mit den Vortragsdaten, die Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit, die Prüfung, ob es sich um einen Verkauf nach dem WEG (Wohnungseigentumsgesetz) oder um ein Erbaurecht an einem Grundstück handelt, die Einleitung und Steuerung der Beteiligungsverfahren – referatsinterne Prüfung der Vorgaben aus Bebauungsplänen – sowie extern z.B. hinsichtlich der Feststellung von Interessensbereichen die Einholung von Stellungnahmen durch die Fachabteilungen und ggf. Weitergabe an die Liegenschaftsabteilung zur Vornahme der Ausübung des Vorkaufsrechtes. Sollte die Prüfung negativ ausfallen, sind die Vorkaufsrechtsverzichtsklärungen und die Gebührenbescheide zu erstellen und die Vorgänge in die eigenständige Registratur sachgerecht, zur Sicherstellung von Aufbewahrungsfristen, einzuordnen.

Aktuell ist von rund 1.000 Anträgen pro Jahr auszugehen, von denen rund 1/5 an die Liegenschaftsabteilung zur abschließenden Entscheidung über die Ausübung des Vorkaufsrechtes weitergeleitet werden. In rund 4/5 der Fälle wird unmittelbar nach Abschluss der Prüfungen und Beteiligungen das sogenannte Negativzeugnis ausgestellt.

Entgegen der Darstellung im Antrag (3 Stellen) werden für die Wahrnehmung der Aufgabe Verkaufsaufgabenheiten im Stellenplan aktuell summarisch 1,5 Stellen (3 A8 T 20, dav. 1 A 8 kw 1) ausgewiesen, wobei der an einer halben Stelle bereits ausgewiesene kw 1 Vermerk zum Stellenplan 2016 für die Aufgabe der Überprüfung und Digitalisierung von Baukosten in einen kw 2018 Vermerk umgewandelt werden soll. Dies ist bei der Darstellung der Produkte noch nicht berücksichtigt gewesen und wird bei der nächsten Planung angepasst. Daneben sind verschiedene technische Sachbearbeiter/innen mit weiteren Zeiteinheiten mit der Aufgabe befasst, die ebenfalls einschließlich der Umlagen und Verteilungen dem Produkt Grundstücksgenehmigungsverfahren zugewiesen sind.

Da die Wahrnehmung der Ausübung des Vorkaufsrechtes an enge zeitliche, gesetzlich vorgeschriebene Fristen angebunden ist (2 Monate vom Eingang des Grundstückskaufvorganges bis zur ggf. erforderlichen Entscheidung der städtischen Gremien über die Ausübung des Vorkaufsrechtes), muss die Aufgabe prioritär bearbeitet werden. Die vorgeschlagene Reduzierung der Aufgabenwahrnehmung im Zusammenhang mit Vorkaufsangelegenheiten um 1 Stelle würde bedeuten, dass für diese Aufgabe faktisch kein Personal mehr zur Verfügung steht.

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				Abstimmungsergebnis					
				bisher	neu	2016		2017		2018		Dauer	Ja	Nein	Enth.
						Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.				

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

153	1.51.5111.03	Bebauungsplanung	Piraten	Bebauungsplanung Wer noch Zeit hat, Bplan-Epiken zu verfassen, hat zu viel Personal.									
							- 60.000		- 60.000		- 60.000		

Rückgegeben

Anmerkung der Verwaltung

Bei der Feststellung des erforderlichen Personalbedarfs muss berücksichtigt werden, dass die in den Beratungsvorlagen dargestellten Inhalte lediglich das Endergebnis eines vorhergehenden umfassenden Plan- und Beteiligungsverfahrens darstellen. So gehören zu diesem Produkt die folgenden Leistungen: Klärung Aufgabenstellung/Leistungsumfang, Vorentwurf Bebauungspläne, Entwurf Bebauungspläne, abschließende B-Planfassung, Verfahrenskoordination, Betreuung externer Planer/Gutachter B-Pläne, hohheitliche Tätigkeiten (Gremien) B-Pläne, Veränderungssperre Bebauungspläne. Aus dem Umfang der Darstellung in den Beschlussvorlagen lässt sich daher kein Rückschluss auf den Personalbedarf ziehen. Selbst eine Verkürzung der Begründungstexte -unter Inkaufnahme einer damit verbundenen Verringerung der Rechtssicherheit- würde deshalb nicht zu einem nennenswerten Einsparpotential im Stellenplan führen.

Mit dem Wohnraumversorgungskonzept hat sich die Stadt Braunschweig zum Ziel gesetzt, Planungsrecht für zusätzlich rd. 4.000 Wohneinheiten zu schaffen, so dass die Realisierung von mehr als 5.000 Wohneinheiten ermöglicht wird. Eine Reduzierung des Personalbestandes würde zu spürbaren Eingriffen in die zeitliche Umsetzung der vorgesehenen Planvorhaben zur Schaffung von Wohnraum und Gewerbeflächen führen.

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Abstimmungsergebnis	
				bisher	neu	2016	2017	2018	2019	Dauer		Ja	Nein
						Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.		Enth.
154	1.51.5112.03	Straßenamen und Hausnummern	Piraten			- 60.000	- 60.000	- 60.000	- 60.000			0	3
<p>Anmerkung der Verwaltung</p> <p>Die Vergabe von Straßennamen und Hausnummern ist eine hoheitliche Pflichtaufgabe, deren Ausübung nicht im Ermessen der Stadt steht. Sie dient nicht allein der Adressbildung für eine Postzustellung, sondern vorrangig auch der Sicherung einer eindeutigen Orientierung zur Gefahrenabwehr bei rund 70.000 Rettungs- und Notfalleinsätzen jährlich. Auch ist die Verwendung der Lagebezeichnungen zwingende Grundlage in der Anwendung einer Vielzahl von öffentlichen Registern (Rettungsdienste, Energieversorger, Grundbuch, Meldewesen u.v.a.m.).</p> <p>Für die Stadt Braunschweig bedeutet das, dass die Verwaltung, Überwachung und Fortführung von über 2.100 Straßen, über 100.000 Gebäuden/Bauwerken mit aktuell 48.000 Hausnummern im Bestand zu erfolgen hat.</p> <p><u>Hausnummernvergaben</u></p> <p>Die im Antrag genannte einfache Hausnummernvergabe in klar strukturierten Neubaugebieten stellt nur einen geringen Teil der Gesamtaufgabe dar. Im Vergleich viel höhere Gesamtaufwände treten bei Neu- und Umnummerierungen im Bestand auf. Die Problematik der immer größeren Innenverdichtung und des Bauens im Bestand erfordert auch im Bereich der Hausnummernvergabe wesentlich umfangreichere Verfahren. Dabei sind im Umfeld vielfach Anpassungen ganzer Hausnummernbereiche inkl. der zugehörigen Verwaltungs- und Beteiligungsverfahren notwendig. Zu den Arbeitsprozessen für den Bereich der Hausnummernvergabe gehören z.B. die Abstimmungen mit Beteiligten, Antragsverfahren, Antragsbearbeitung, Führung der Hausnummerndatenbank mit der Fortführung des Verzeichnisses auch infolge von Abrissen oder Umnutzungen, Überwachung/Feldvergleiche bei Orientierungsproblemen, Kontrolle der Beschilderung, Aufforderung für das Anbringen von Hausnummern, Vorbereitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren, Sichtung und Recherchen (Bauakten, historische Unterlagen, Luftbilder), Nummerierungskonzepte für Neubaugebiete und größere Umnummerierungsbereiche, Bereitstellung der Änderungsinformationen für diverse Register.</p> <p><u>Straßenbe- und umbenennungen</u></p> <p>Bei den Straßenbe- und umbenennungen, die zu Gremienbeteiligungen und -beschlüssen geführt haben (Neubenennungen, Verlängerungen, Teilinziehlungen) sind umfangliche und aufwändige Beteiligungs- und Abstimmungsprozesse zwischen Politik und Verwaltung sowie auch innerhalb der Verwaltung vorzunehmen. Hinzu kommen weiterhin in noch größerem Umfang Anregungen, Anfragen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern und aus den politischen Gremien. Diese Verfahren und Vorgänge, auch unabhängig von ggf. abschließenden Gremienbeschlüssen, sind ebenfalls zu begleiten und bedürfen entsprechender Bearbeitungsaufwände. Zu den Arbeitsprozessen für den Bereich der Straßen(um)benennung gehören z.B. Führung und Fortführung von Straßennamen- und Vorschlagsdatenbank, Bearbeitung von Grundsatzangelegenheiten (rechtliche Grundlagen), Recherche und Abstimmungen zu Be- und Umbenennungsvorschlägen u.a. mit biographischer Aufarbeitung und in Zusammenarbeit mit dem Kulturdezernat, Beantwortung von Anfragen, Vorbereitung und Begleitung von Gremien (Abstimmung in Verwaltung und mit Politik, Heimatpflegern und Eigentümern, Mittellungen, Stellungnahmen, Beschlussvorlagen, Sitzungsteilnahme), Durchführung der vor- und nachgehenden Verwaltungsverfahren (Anhörungen, Bekanntgaben), Abstimmungen in Bezug auf die Lagebezeichnungen, Beschilderungskonzepte und deren Ausführungsüberwachung sowie die Bereitstellung der Änderungsinformationen für diverse Register. Zusätzlich erfolgt über die Zuordnung zu diesem Produkt die Betreuung von Projekten, wie z.B. aktuell das Projekt „Bildung im Vorübergehen“ der Bürgerstiftung.</p> <p>Verfahren, die sich über Monate hinziehen bzw. hingezogen haben sind z.B. die Straßenneu- und Umbenennungen Nördliches Ringgebiet „Taubenstraße“, Vorgänge Agnes-Miegel-Straße (Umbenennungsvorschlag) und Grasseler Straße (Teilumbenennung), Willy-Brandt-Platz (Teilumbenennung Berliner Platz), Fritz-Bauer-Platz (Teilumbenennung Domplatz), Donauknollen (Teilumbenennung verschiedener Straßen und Hausnummernvergaben), Vorgänge Max Jüdel und Peter Joseph Joseph Krahe (jeweils gewünschte Zweiteilbenennung), Hegenhof (Neubenennung und Hausnummernvergabe), In den Waashahnen / Im Baschhof / Boeselegerstraße (Neuordnungskonzept und Hausnummernvergabe), FAL-Gelände (mögliche aber nicht umgesetzte Straßenbenennung und Hausnummernvergabe, zzt. anhängiges Verfahren beim Verwaltungsgericht), Alte Kirchstraße / Mascherode (Hausnummernvergabe und Auswirkungen auf umgebende Lagebezeichnungen). Diese Beispiele zeigen anschaulich komplexe Arbeitsprozesse und stehen stellvertretend für eine Vielzahl von ähnlich gelagerten Vorgängen.</p> <p>Jedes Verfahren ist individuell zu betrachten und unterschiedlich im Hinblick auf den Umfang der damit verbundenen Aufwände. Die notwendigen individuellen Bearbeitungsaufwände lassen sich daher nicht mit der Formel „Anzahl Verfahren / Jahr“ quantifizieren.</p> <p><u>Stellenausweisung</u></p> <p>Mit der Wahrnehmung der dargestellten Aufgaben sind nach der Ausweisung im Stellenplan formal 3 Stellen der Entgeltgruppe E 8, davon 2 T 29.25 befasst. Diese Stelleninhaber nehmen jedoch auch andere Aufgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Auswertung von Vermessungen wahr. Daneben sind weitere MitarbeiterInnen mit Zeiteinheiten mit der Aufgabe befasst, die ebenfalls einschließlich der Umlagen und Verteilungen dem Produkt zugewiesen sind. Insgesamt sind auf dem Produkt Personalaufwendungen im Umfang von ca. 1,7 Vollzeitstellen verbucht.</p>													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Anlage 8 - NEU -

Anlage 8 - NEU -

Seite 5

Bürgerhaushalt 2015 zum Haushaltsplan 2016

Top 75-Vorschläge



Bürgerhaushalt in 2015 zum Haushaltsplan 2016 Top 75-Vorschläge

Platz: 2: Nachtbusse erhalten																																				
Vorschlags-Nr.: 2282	Bewertung: 1,034	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
<p>Da die Nachtbusse ja zur Zeit nur als Versuch laufen, möchte ich hier erwähnen, dass es unbedingt bei Nachtbussen bleiben sollte in einer Stadt mit dieser Größe. Ich kann nicht abschätzen, inwieweit sich die Nachtbusse zur Zeit rechnen, aber auch wenn sie zu Verlusten führen, gehört ein Bussystem 24 Stunden am Tag auch zum Image einer Stadt.</p>																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): Ref. 0600																																				
<p>Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 23. September 2014 beschlossen, ab dem 28. November 2014 einen Nachtlinienverkehr am Wochenende einzuführen. Während der einjährigen Testphase evaluieren Stadtverwaltung und Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) gemeinsam die Nachfrage und unterbreiten dem Rat der Stadt einen Vorschlag, den Nachtverkehr betriebswirtschaftlich sinnvoll und vom Fahrgastaufkommen her vertretbar zu betreiben. Inzwischen lassen sich erste Rückschlüsse auf das Nutzerverhalten der Braunschweiger Bürger im Nachtverkehr ziehen. Die Ergebnisse fließen in die Ratsvorlage ein, um nach der Sommerpause eine Entscheidung über den Weiterbetrieb herbeizuführen.</p>																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td></td> <td>11</td> <td>0</td> <td>0</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0		Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0																																
Finanz- und Personalausschuss																																				
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 5: Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen				
Vorschlags-Nr.: 2117	Bewertung: 0,901	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
<p>Die Stadt sollte den Vorschlag aus dem Jahre 2014 wieder aufgreifen und einen Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen. Wenn ich von der Hildesheimer Straße zum Amalienplatz beziehungsweise zur Celler Straße oder Maschstraße fahre, sind dies zwei beziehungsweise drei Haltestellen. Dafür bezahle ich € 2,30 genau so viel, als würde ich von Lamme nach Mascherode fahren. Busse und Bahnen würden mehr genutzt, wenn die Preise nicht so hoch wären.</p> <p>Auf Mallorca sind die Busse voll. Hier habe ich vom Playa de Palma bis zum Platz de Espanol in Palma € 1,00 bezahlt, mindestens 8 Haltestellen je nach Linienführung.</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): Ref. 0600				

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt fokussiert auf das Beispiel einer europäischen Urlaubsinsel bzw. eine tarifzonenübergreifende Kurzstrecke. In einigen größeren Städten werden Kurzstreckentickets angeboten. Deutschlandweit gibt es in vergleichbaren Städten wie Münster und Bremen teils das Angebot eines Kurzstreckentarifs, in anderen wie Freiburg und Karlsruhe aber auch nicht. Als Alternative zur Kurzstrecke wurde in Braunschweig bewusst die 10-Fahrtenkarte mit dem seit 2008 nicht angehobenen Preis entwickelt. Durch die Zeitvariante von 90 Minuten für beliebig häufige Fahrten innerhalb des Stadtgebiets, kann man gerade auf kurzen Entfernungen den Abschnitt der Karte zum Preis von 1,80 € für die Hin- und Rückfahrt nutzen. Gleichzeitig werden die Verkaufsvorgänge damit gegenüber einer Kurzstrecke reduziert. Die Kunden nehmen diese Karte sehr gut an.

In Städten, die einen Kurzstreckentarif im Angebot vorhalten, sind die Fahrkarten im Regeltarif dagegen meist deutlich teurer als in Braunschweig. Insofern ist die Entscheidung Pro oder Contra eines Kurzstreckentarifes nicht auf diese einzelne Fahrkarte bezogen, sondern wird Veränderungen im Gesamtsortiment nach sich ziehen, um die Tarifgerechtigkeit aufrecht zu halten und die wirtschaftlichen Effekte durch den abgesenkten Tarif im darstellbaren Rahmen zu halten.

Weiter unterliegt die Verkehrs-GmbH als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Eine Einführung eines Kurzstreckentarifs in Stadtgebieten müsste in Abstimmung der Städte Wolfsburg, Goslar sowie der übrigen Landkreise des Verbandsgebietes erfolgen.

Aus Sicht der Verkehrs-GmbH ist die Einführung eines Kurzstreckentarifs nicht kostenneutral. Ein zu erwartender Neukundenanteil wird die Reduzierung der Einnahmen aus dem abgesenkten Fahrpreis für die jetzigen Kunden nicht kompensieren können und somit zum Anstieg des Defizitausgleichs durch die Stadt Braunschweig führen. Exemplarisch sei dieses kurz mit realistischen Annahmen und dem Ist-Stand dargestellt.

Derzeit nutzen rd. 1,06 Mio. Kunden den Einzelfahrschein im Stadttarif zu 2,3 €/Ticket, was einen Jahresumsatz von rd. 2,43 Mio. € in 2014 ergab.

Legen angenommen von diesen Kunden rd. 40 % eine Wegstrecke im Ergebnis entstünde bei vorgenanntem Beispielsfall ein Verlustanstieg in der Verkehrs-GmbH von rd. 330 T€/a. Dieses beinhaltet nicht die kaum valide zu prognostizierenden zusätzlichen Abwanderungen von der 10-er Karte in einen Kurzstreckentarif, was die negativen Auswirkungen weiter steigert.

Zur Kompensation müssten deutlich mehr als 200.000 Kunden/Jahr zusätzlich den ÖPNV nutzen, um das Angebot neutral zu stellen. Dieses bedeutet einen dauerhaft notwendigen Anstieg von mehr als 18 % im Kundensegment Einzelfahrausweis, was aus Unternehmenssicht wenig realistisch erscheint.

Da voraussichtlich auch einige Neukunden in den Einsatzspitzenzeiten hinzukommen, ist die Bereitstellung von zusätzlichen Fahrzeugen wahrscheinlich, was in der Konsequenz die negative Ergebnisbeeinträchtigung weiter steigert.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		3	8	0	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 11: Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen																																				
Vorschlags-Nr.: 2613	Bewertung: 0,787	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
<p>Im "öffentlichen Nahverkehr" sollten Kurzstrecken-Tarife eingeführt werden, nicht nur innerorts, sondern von einer Tarifzone in die nächste.</p> <p>Zum Beispiel gibt es im Ortsteil Schapen keine Einkaufsmöglichkeiten - die nächste Haltestelle im Ort "Weddel"/Cremlingen liegt nur etwa 1 Kilometer entfernt. Dort findet man Netto, Apotheke, Bäcker und Bahnhof. Die Kosten für die Fahrt betragen 3,80 € (90 Minuten Tarifzone 2).</p>																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): Ref. 0600																																				
<p>Die Verkehrs-GmbH unterliegt als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Die Verkehrs GmbH wird dieses Thema an die Verbundgesellschaft Region Braunschweig adressieren und dort zur Entscheidung vorlegen. Im Übrigen gilt die Stellungnahme zum Vorschlag Nr. 2117 entsprechend.</p>																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td></td> <td>6</td> <td>4</td> <td>1</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="6">Rat</td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss		6	4	1		Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Planungs- und Umweltausschuss		6	4	1																																
Finanz- und Personalausschuss																																				
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 16: Fahrkartenautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen						
Vorschlags-Nr.: 2647	Bewertung: 0,736	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Fahrkartenautomaten für Bus und Straßenbahn an ausgewählten Haltestellen (Umsteigestationen) würden die Standzeiten an Haltestellen verkürzen und Verspätungen verringern. Als Standorte würde ich mir zum Beispiel Hauptbahnhof, Schloss, Kastanienallee und Rudolfplatz vorstellen.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
<p>Ziel der Braunschweiger Verkehrs GmbH ist es, den Ticketverkauf beim Fahrpersonal bis zum Jahr 2018 zu reduzieren. Die betriebliche Abwicklung könnte durch eine Umkehr des Verkaufsverhältnisses der Fahrausweise im Vorverkauf von derzeit 28 % und 72 % beim Fahrpersonal erheblich verbessert werden. Dazu werden die Vertriebswege bis 2018 schrittweise ausgebaut. Ein Schritt ist dabei die Einführung von zunächst 10 Fahrscheinautomaten an ausgewählten Straßenbahnhaltestellen. Dabei werden auch die vorgeschlagenen Haltepunkte Hauptbahnhof und Schloss entsprechend berücksichtigt.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 18: Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren				
Vorschlags-Nr.: 2834	Bewertung: 0,726	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Es darf nicht noch einmal 20 Jahre dauern, bis die restlichen Kilometer fertig gestellt sind. Etliche Abschnitte des vorhandenen Weges müssen dringend saniert werden. Das bringt einfach die sehr starke Frequentierung mit sich und vielleicht auch die ungünstige Wahl der Oberflächen-Beschaffenheit.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 61				

Zügiger Ausbau:

Im Jahr 2011 hat der Rat der Stadt Braunschweig die Umsetzung des „Masterplan Ringgleis“ beschlossen. Da sich die für den Ringgleisschluss benötigten Abschnitte im Norden, Osten und Süden noch nicht durchgehend im städtischem Besitz befinden, bedarf es für jeden weiteren Abschnitt differenzierter Planungen (z. T. auch zur rechtlichen Absicherung), umfangreicher Abstimmungen zu Nutzungsvereinbarungen oder aber auch Kaufverträge, um den jeweiligen Zugriff auf weitere Abschnitte zu erhalten. Erst danach können abschnittsweise detaillierte Ausbauplanungen begonnen und die jeweiligen Kosten ermittelt werden, die dann sukzessive für die folgenden Haushaltsjahre angemeldet werden müssen. Dieser Prozess wird sich, wie beim westlichen Ringgleis auch, voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken.

Als nächster Teilabschnitt steht konkret in 2016 die Umsetzung der Fortführung des südlichen Ringgleis-Abschnitts A391 bis Kennelweg/Okerbrücke bevor. Dieser wird aktuell planerisch vorbereitet. Zum Erreichen der ca. 12 m hohen Dammkrone sind umfangreiche, kostenintensive Ingenieurbauwerke (Rampen) erforderlich. Durch diesen Abschnitt können das neue Jugendleistungszentrum von Eintracht Braunschweig sowie der Weser-Harz-Heide-Radfernweg angebunden werden. Im Norden wird es alsbald den Brückenschlag über die Oker im Bereich der Uferstraße geben. Danach ist die Weiterführung über das ehemalige Braunschweiger Zeitungs-Gelände (zwischen Hamburger Straße und Mittelweg) vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen - Zügiger Ausbau:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015 bis 2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt inkl. der Trassenführung des Weges sukzessive zu klären sind und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.

Sanierung:

Die Verwaltung betrachtet eine Sanierung der bestehenden Wege in vielen Bereichen als sinnvoll. Die jeweilige Ausbauart wird sich jedoch für jeden Abschnitt mit dem dort bestehenden Stadtbild, den zu erwartenden Nutzergruppen und den örtlich zu erwartenden Konflikten auseinandersetzen müssen. Insofern ist jeder Abschnitt differenziert zu betrachten. Darüber hinaus kann natürlich auch bei der Sanierung, allein aus Kostengründen, nur abschnittsweise vorgegangen werden. Sofern die Örtlichkeit und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel es zulassen (z. B. eine ausreichende Breite vorhanden ist und keine stadtgestalterischen Gründe dagegen sprechen) werden schon jetzt durchaus auch einzelne Bereiche saniert. Beispielhaft soll dies zeitnah in dem Abschnitt zwischen Triftweg und Kälberwiese erfolgen. Hier soll für die Radfahrer ein Asphaltweg und für die Fußgänger eine separate, wassergebundene Decke angelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen - Sanierung:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein konkreter zusätzlicher Mittelbedarf für Sanierungsmaßnahmen kann mit einem Pauschalbetrag i. H. v 30.000 EUR pro Jahr dauerhaft angenommen werden (120.000 EUR in Summe für die Planungsjahre des IP 2016-2019).

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	XXXX	120.000 €
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		6	0	5		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 27: Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren						
Vorschlags-Nr.: 2098	Bewertung: 0,693	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Die Fahrpläne der Verkehrs-GmbH sind in Randzeiten nur unzureichend auf den Fahrplan der Bahn abgestimmt. Z.B. Ankunft IC aus Hannover am Sonntag: 08:08 Uhr - Nächste Abfahrt in Richtung Innenstadt: 08:49 (41 Minuten Wartezeit!).</p> <p>Des Weiteren erfolgt keine Anschlusssicherung bei Verspätungen. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH soll daher zukünftig bei ausgedünntem Takt die aktuelle Verspätungslage vom Zugverkehr beobachten. Ziel muss eine Mindestumsteigezeit von 4 Minuten für wichtige Zugverbindungen (insbesondere IC / RE aus Hannover, RB aus WOB, ICE von Berlin / Göttingen) sein. Hierzu muss in der Leitstelle der Verkehrs-GmbH der aktuelle Bahn-Fahrplan beobachtet werden und ggf. auf die Stadtbahnen und Busse eingewirkt werden. Es ist mit der DB Kontakt aufzunehmen um Zugriff auf die genauen aktuellen Fahrplandaten zu bekommen.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
<p>Die Verkehrs-GmbH ist grundsätzlich bemüht, eine optimale Verknüpfung zwischen Eisenbahn und dem innerstädtischen Verkehr herzustellen.</p> <p>Eine Verknüpfung an einzelne, am Hauptbahnhof ankommende Züge ist jedoch nicht immer möglich. Eine Verbesserung für einen Anschluss verschlechtert meist einen anderen Anschluss. Im genannten Beispiel (Sonntagfrüh) besteht eine gute Umsteigebeziehung in Richtung Innenstadt von den Regionalzügen aus Stendal / Wolfsburg (Ankunft 7:34), Hannover (Ankunft 7:41) und Magdeburg (Ankunft 7:42).</p> <p>Die vorgeschlagene Anschlusssicherung zu Tagesrandzeiten an Nah- und Fernverkehrszüge ist nachvollziehbar wünschenswert. Die Verkehrs-GmbH verkehrt zu Tagesrandzeiten in einem stündlichen Anschlussverkehr an der Haltestelle Rathaus. Hier besteht gesicherter Anschluss zwischen allen zu dieser Zeit verkehrenden Linien. Eine Anschlusssicherung am Hauptbahnhof würde zu verspäteter Ankunft der Linie am Rathaus führen und damit den stadtweiten Bus- und Bahnverkehr verzögern. Vor diesem Hintergrund ist die Anschlusssicherung an die Züge des Nah- und Fernverkehrs betrieblich nicht durchführbar, ohne damit Verzögerungen für alle anderen Fahrgäste im innerstädtischen Verkehr zu verursachen.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 28: Mehr Grün in der Innenstadt schaffen																																		
Vorschlags-Nr.: 2871	Bewertung: 0,689	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																														
<p>Heiße Sommer werden zunehmen. Damit sind auch Stadtplanerische Konzepte der Vergangenheit zu überdenken. Dazu gehören große zugebaute Flächen wie der Schlossplatz oder der Wollmarkt bis zur Alten Waage.</p> <p>Komplett Begrünen ist hier mein Wunsch. Das Gelände Harz und Heide kann sicher auch zu 50% renaturiert werden.</p>																																		
Stellungnahme der Verwaltung																																		
Org.-Einheit(en): FB 61																																		
<p>Die zunehmend wahrnehmbaren klimatischen Auswirkungen auf die Stadtplanung und der damit verbundene Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung klimatischer Aspekte sind der Verwaltung bewusst und werden in verschiedenen Bereichen bereits berücksichtigt.</p> <p>Unter den vielen relevanten Rahmenbedingungen stellt der Klimaschutz in der Stadtplanung jedoch nur einen Aspekt dar. Andere Belange wie die baukulturelle Wahrnehmung einer Großstadt oder die angestrebten Nutzungen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Hierbei ist gerade die Innenstadt Braunschweigs an ihren zentralen Stellen vor allem von dem Bild der „steinernen Stadt“ geprägt, das zur Identifikation der Stadt beiträgt. Überdies kann festgestellt werden, dass auch eine begrünte Gestaltung städtischer Flächen Kosten hervorruft, die pauschal nicht verlässlich abgeschätzt werden können.</p> <p>Das Harz-und-Heide-Gelände übernimmt neben der Beherbergung verschiedener überregional bekannter Veranstaltungen wichtige Entlastungsfunktionen für die Innenstadt, z.B. als Ausweichparkplatz bei Großveranstaltungen. Diese Funktion muss sichergestellt sein. Eine fünfzigprozentige Renaturierung steht dem entgegen.</p> <p>Finanzielle Konsequenzen können nicht beziffert werden, da sie situationsbedingt sind.</p>																																		
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																												
Einmalige Kosten																																		
Laufende Kosten					XXXX																													
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td></td> <td>10</td> <td>0</td> <td>1</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1		Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																													
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1																														
Finanz- und Personalausschuss																																		
Verwaltungsausschuss																																		
Rat																																		

Platz: 31: Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen						
Vorschlags-Nr.: 2470	Bewertung: 0,676	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Es sollen weitere Buslinien auf Elektro-Busse umgestellt werden. So könnte zum Beispiel eine Ladestation an der Haltestelle Stadion errichtet werden und die Linien 414 und 454 mit Elektrofahrzeugen befahren werden. Gleiches auch die 424 ab Rühme.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Auf Basis der Erfahrungen aus dem laufenden Forschungsprojekt „emil“ kann in Zukunft die Umstellung weiterer Buslinien auf das Elektrobussystem ein Thema sein. Mit einer Umstellung sind jedoch auch Investitionen in Elektrobusse und Ladeinfrastruktur verbunden. Nachdem die Verkehrs- GmbH ausreichend Erfahrungen mit dem Betrieb der bestehenden Elektrobusse gesammelt hat, kann über die weitere Investition in Elektrobusse entschieden werden. Dafür ideale Linien sind aus diversen kundenseitigen, technischen und in der Folge wirtschaftlichen Aspekten heraus zu bewerten und dann festzulegen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 32: Schlossplatz begrünen						
Vorschlags-Nr.: 2159	Bewertung: 0,675	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Der Schlossplatz gehört zu den unwirtlichsten Plätzen von Braunschweig. Wo heute eine Betonwüste zum schnellen Durchmarsch animiert, war früher mit dem Schlosspark die grüne Lunge Braunschweig. Eine grüne Wiese mit Bäumen, Sitzbänken und einem Spielplatz würde die Optik des Platzes schnell verbessern. Die Wege zu den Eingängen der Schloss-Arkaden, zum Museum, Kulturinstitut und zur Bibliothek bleiben selbstverständlich erhalten. Der Platz gewinnt so eine neue Attraktivität, die zum Verweilen einlädt. Durch die schönere Anbindung gewinnt der Bohlweg insgesamt an Reiz, was auch den Geschäften zu gute kommt.</p> <p>Für eine freundliche Gestaltung des Platzes finden sich vermutlich auch Sponsoren wie zum Beispiel die ansässigen Geschäfte.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0610						
<p>Der Schlossplatz gehört zu den beliebtesten Aufenthaltsorten der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger. Er ist mit hohem Aufwand und mit hochwertigen Materialien und Möblierungselementen (Leuchten, Rundbank, Abfallbehälter u.a.) gestaltet worden. Viele positive Rückmeldungen, insbesondere auch von auswärtigen Besuchern belegen, dass es mit dem Schlossplatz gelungen ist, den Baukörper des Schlosses im Stadtraum und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. Der Schlossplatz kann heute für Großveranstaltungen, als Ort von Festen (z.B. Aufstiegsfeier des BTSV Eintracht Braunschweig) und Kundgebungen genutzt werden. Diese vielseitige Nutzbarkeit ist ein Indiz für die hohe Qualität dieses öffentlich-städtischen Raums. Er ist darüber hinaus aber auch alltäglicher Treffpunkt, insbesondere auch von jungen Menschen. Neben der Rundbank bieten die Umfassung des Brunnens und die Treppen des Schlossmuseums bzw. der Bibliothek gute Sitzgelegenheiten, die sehr positiv angenommen werden.</p> <p>Der Schlossplatz war schon von Beginn an ein steinerner städtisch ausgeprägter Platz. Die heutige Ausprägung spiegelt diese historische Situation gut wieder, die beiden Reiterstandbilder befinden sich beispielsweise nahezu deckungsgleich am ursprünglichen Standort. Eine intensivere Begrünung oder gar die Anlage eines Spielplatzes wären daher historisch und typologisch nicht passend. Die Grünräume des Schlosses befanden sich vor allem im Nordöstlichen Bereich des ursprünglichen Schlossbaukörpers, dort wo sich heute das Einkaufszentrum befindet. Der Schlossplatz kann heute dafür kein Äquivalent sein, die Straßenbäume und die Platzbäume liefern aber wichtige grüne Impulse.</p> <p>Ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags kann nicht benannt werden, da die Verwaltung keine geeignete Möglichkeit sieht, den Vorschlag umzusetzen ohne grundlegende Planungsgrundsätze der Stadt aufzugeben.</p>						
Finanzielle Wirkung						
	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		5	4	2	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 34: Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen																																				
Vorschlags-Nr.: 2945	Bewertung: 0,662	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
Grünflächen in der Stadt sind unersetzlich für die Luftqualität, das Klima, den Hochwasserschutz sowie als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Baugebiete sind auf weniger wertvollen, bereits versiegelten Flächen auszuweisen.																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 61																																				
Vorhandene innerstädtische Grünflächen mit nennenswerter Größe kommen heute schon als Baugebiet nicht mehr in Betracht. Es bleibt der Beurteilung bzw. Abwägung in jedem Einzelfall vorbehalten, wie viel Bauflächen wo geschaffen werden und wo die Flächen aus gutem Grund unbebaut bleiben sollen. Bei der Nachnutzung von Gewerbebrachen müssen die Kosten für jeden Einzelfall ermittelt werden. Fragestellungen wie die Problematik der Altlastenentsorgung, der Menge und Art der zu realisierenden Wohnbaunutzung, erforderliche Ausgleichsmaßnahmen, Maßnahmen zur Lösung von Emissionsschutzproblematiken und andere sind jeweils nur standortbezogen und nicht pauschal zu beantworten.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td></td> <td>0</td> <td>5</td> <td>6</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss		0	5	6		Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Planungs- und Umweltausschuss		0	5	6																																
Finanz- und Personalausschuss																																				
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 36: Ringgleis ausbauen zwischen Echobrücke und Rangierbahnhof							
Vorschlags-Nr.: 2396	Bewertung: 0,658	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Das Ringgleis ausbauen von der Echobrücke am Kennelweg bis zum Rangierbahnhof und Bahnparkmuseum.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 61							
<p>In diesem Abschnitt des Ringgleises wird zurzeit versucht die formalen Voraussetzungen zu schaffen, um den weiteren Ausbau zu ermöglichen. Derzeit finden verwaltungsintern und mit Dritten Abstimmungen über das weitere Vorgehen statt. Auf Grund der Flächengrößen und der darauf vorhandenen, verschiedenen Bauwerke, erfordern die Abstimmungen sowie die Bewertung der Folge- und Sanierungskosten jedoch einen erheblichen Zeit- und Prüfaufwand, bevor die weitere Ausbauplanung in diesem Bereich begonnen werden kann.</p> <p>Im laufenden Investitionsmanagement stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt zu vielfältig sind, und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss			5	5	1		
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 40: Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen							
Vorschlags-Nr.: 2692	Bewertung: 0,644	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
<p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (ehemals AG) betreibt seit einigen Jahren eine ganz brauchbare App für Fahrplanauskünfte. Leider kann man bisher über diese App keine Fahrscheine erwerben. Insbesondere seit der letzten Tarifumstellung mit dem neu eingeführten Preisvorteilen für im Vorverkauf erworbene Fahrscheine vermissen ich diese Funktion. Eine Zahlung sollte bequem und flexibel über den Play Store, den App Store per monatlicher Lastschrift oder Kreditkarte möglich sein.</p> <p>Damit würde man die Anzahl der Verkaufsvorgänge beim Fahrer reduzieren, womit sich Fahrzeiten einsparen ließe, die die Pünktlichkeit verbessert würde. Außerdem wäre der Zugang zu den günstigen Vorverkaufspreisen deutlich einfacher.</p> <p>Daher soll diese Funktion in der App möglichst kurzfristig für alle Fahrscheine nachgerüstet werden.</p>							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
<p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadttarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofort-Überweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss			9	2	0		
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 57: Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen						
Vorschlags-Nr.: 2169	Bewertung: 0,590	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Diese zentralen Plätze der Stadt sind doch recht schlicht gestaltet. Eine Aufwertung durch neue Grünplanzen, auch zum Ausgleich für den Wegfall des Schlossparks, würde ich sehr begrüßen. Man könnte es mit Sitzgelegenheiten kombinieren.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0610						
<p>Die zentralen innerstädtischen Platzräume Burgplatz, Schlossplatz, Platz der Deutschen Einheit aber auch Kohlmarkt, Altstadtmarkt, Bankplatz und andere Platzräume sind positive Aushängeschilder der Innenstadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Die Verwaltung unternimmt seit Jahren Maßnahmen zur Aufwertung dieser öffentlichen Räume. Die Gestaltung und die verwendeten Materialien sowie die Möblierungselemente (Leuchten, Bänke, Abfallbehälter u.a.) sind durchweg hochwertig. An vielen Orten (Fußgängerzone, Platzräume) bietet die Stadt die Möglichkeit, sich ohne Verzehrszwang auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Dieses Angebot wird sukzessive erweitert. Der grüne Ring entlang der Oker liefert zusammen mit dem Bürgerpark ein wichtiges Freiraumelement innerhalb der Innenstadt. Somit lässt sich ein grünes Defizit bzw. ein Defizit an öffentlichen Sitzgelegenheiten nicht erkennen.</p> <p>Finanzielle Auswirkungen: Da der Vorschlag sehr allgemein gehalten ist, kann ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags nicht benannt werden.</p>						
Finanzielle Wirkung						
	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		3	6	2		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 65: Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen							
Vorschlags-Nr.: 2548	Bewertung: 0,571	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Keine neuen Bauflächen im Umland ausweisen oder Flächen verbrauchen, stattdessen Landschaft schützen und Industriebrachflächen bebauen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 61							
<p>Strategisches Ziel der Stadt Braunschweig ist die sogenannte Innenentwicklung, die Vorrang vor der Entwicklung von bisher baulich nicht genutzten Außenbereichsflächen genießt. Somit wird dieser Vorschlag weitestgehend bereits bei der Planung neuer Vorhaben berücksichtigt. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Baugebietes Taubenstraße in der Nordstadt. Innenentwicklung geht allerdings häufig mit vielfältigen Planungsproblemen einher (Altlasten, zersplitterte Eigentümerstruktur sowie Konflikten mit anderen Nutzungszielen wie dem Natur- oder Klimaschutz) mit der Folge, dass diese Planungsverfahren oft länger dauern als Planungen für Außenbereichsvorhaben. Um ausreichend Wohnraum bereitstellen zu können, ist es deswegen unerlässlich, einen Teil der Bebauung in integrierten Stadtrandlagen zu entwickeln.</p> <p>Finanzielle Auswirkungen: Zusätzliche Kosten entstehen für diesen Vorschlag nicht, da dieses Vorgehen bereits der Handlungsweise der Verwaltung entspricht.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss			0	8	2		
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 68: Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern						
Vorschlags-Nr.: 2524	Bewertung: 0,561	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Weddeler Schleife doppelgleisig ausbauen. Häufigere Busverbindung nach Wolfsburg schaffen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Der Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) –Zweckverband Großraum Braunschweig- erstellt derzeit in Abstimmung mit den Gebietskörperschaften und den Verkehrsunternehmen einen neuen Nahverkehrsplan. Ein wesentlicher Punkt bei der Neuauflage ist auch die Stärkung der Angebote von Regionalexpresszügen und den Regionalbussen zwischen den Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg. Dies ist auch Bestandteil der Stellungnahmen der Stadt Braunschweig und der Verkehrs GmbH zum Anhörungsentwurf für den Nahverkehrsplan 2016.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		5	3	1		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Der Ausschuss stellt fest, dass keine Zuständigkeit für eine Entscheidung über Satz 1 "Die Weddeler Schleife doppelseitig ausbauen" besteht.

In der Folge wird nur über Satz 2 "Häufigere Busverbindung nach Wolfsburg schaffen" abgestimmt.

Platz: 75: Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen						
Vorschlags-Nr.: 1967	Bewertung: 0,539	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Im Februar hat die Braunschweiger Verkehrs GmbH die Preise für Fahrkarten erhöht, die beim Fahrer gekauft werden. Der Mehraufwand und die Belastung der Fahrer durch den Fahrkartenverkauf sind nachvollziehbar hoch. Jedoch muss man bedenken, dass der Kauf von Tickets beim Fahrer in den meisten Fällen der einzige Weg ist, um an Fahrkarten zu gelangen. Vorverkaufsstellen befinden sich nicht in allen Stadtteilen. Und ich finde, man kann nicht verlangen, dass man sich Einzelfahrscheine bunkert.</p> <p>Ich schlage daher vor, das Fahrkarten-System durch ein zeitgemäßes System zu ersetzen beziehungsweise zu ergänzen.</p> <p>Zum Beispiel durch eine Integration in die Braunschweiger Verkehrs GmbH App. Eine Implementierung von Tickets per Barcode/QR-Code haben mehrere Vorteile. 10er Streifen sollten auch dort zu erwerben sein und Fahrten können durch antippen entwertet werden.</p> <p>Die Entwertung von Fahrscheinen kann durch Scanner in den Bussen oder "Keep it Simple" durch antippen in der App durchgeführt werden. Zusätzlich zum Barcode kann zur Sichtkontrolle durch den Fahrer die Entwertungszeit angezeigt werden.</p> <p>Kontrolleure können über eine Kontrollapp die Barcodes prüfen. Für diese Lösung sind nur geringe Investitionen notwendig, da es sich um eine ausschließlich software-basierte Lösung handelt.</p> <p>Eine weitere, jedoch deutlich kostenintensivere Lösung, wären NFC Bezahlssysteme, bei denen die Busse und Bahnen mit NFC-Terminals Ausgestattet werden: Beim Betreten des Transportmittels kann per NFC-Smartphone oder mit einer Kundenkarte ein Ticket erworben oder ein vorhandenes Kontingent eingelöst werden. Auf die Kundenkarte können dann alle verfügbaren Ticketarten aufgebucht werden.</p> <p>Wichtig für die Akzeptanz eines solchen Systems ist auf jeden Fall die Verfügbarkeit aller Produktarten (Monatskarten, Fahrradkarten, 10er Karten und so weiter).</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
<p>siehe auch Stellungnahme zu Vorschlag Nr. 2692.</p> <p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte Fahrplan-App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadttarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofortüberweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Das Lastschriftverfahren sieht die Verkehrs-GmbH derzeit als nicht praktikabel, da u.a. unsicher in der Einnahme, an. Entsprechende Erfahrungen wurden bereits mit einem SMS-Ticketssystem gemacht. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremiumlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		9	0	0	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Betreff:

**Lärmschutzfragen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Fa.
Kroker, Steinriedendamm 14a**

Organisationseinheit:

Dezernat III
0630 Referat Bauordnung

Datum:

11.02.2016

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

10.02.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der BIBS-Fraktion vom 28.01.2016 (16-01518) wird wie folgt Stellung genommen:

In den Vorgängen um den Bauantrag auf Freiflächennutzung im Außenbereich der Fa. Kroker (Az.: 0630/3232/2014) wie auch um die Beschwerden wegen Lärmbelästigungen der Anwohner des Sandwüsten- und des Schollenweges durch die Fa. Kroker auf dem benachbarten Außengelände ist die Bauverwaltung fortlaufend in Gesprächen mit dem Ziel, die Interessenlagen aller Beteiligten möglichst umfassend zu berücksichtigen.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage1.:

Eine abwasserrechtliche Genehmigung ergeht grundsätzlich losgelöst von einer baurechtlichen Genehmigung.

Aufgrund der fehlenden Baugenehmigung zur Nutzung der Außenfläche wurde der Fa. Kroker die Nutzung der Außenfläche mit Bauaufsichtsverordnung vom 03.06.2014 untersagt. Entsprechende Zwangsgelder wegen Nichtbefolgung wurden bereits festgesetzt und weitere angedroht.

Zu Frage 2.:

Ein Bebauungsplan für die direkt angrenzende Nachbarschaft im Sandwüsten- und Schollweg existiert nicht, so dass eine Einstufung nach § 34 BauGB erfolgen muss. Die Einstufung eines (faktischen) Gebietes gemäß BauNVO erfolgt stets anlassbezogen. Im November 2006 ist das Gebiet aufgrund der vorgefundenen Bebauung und Nutzung (u.a. Frisör und Büroverwaltungsgebäude) als faktisches „Allgemeines Wohngebiet“ eingestuft worden.

Zu Frage 3.:

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (europäische Umgebungslärm-Richtlinie 2002/49/EG; Bundes-Immissionsschutzgesetz) wurden die Lärmkartierung und der Lärmaktionsplan im Jahr 2012 bzw. 2013 erarbeitet und beschlossen.

Bei der Erarbeitung der Lärmkartierung wurde die vollständige Ausnutzung der jeweiligen Gewerbegebiete zugrunde gelegt, auch wenn diese zu diesem Zeitpunkt der Kartierung noch nicht vollständig bebaut oder nicht maximal ausgenutzt waren. Es hat somit bereits eine Art „Worst-Case-Berücksichtigung“ der lärmrelevanten Belange stattgefunden. Die Betrachtung einzelner Betriebe spielt hierbei keine signifikante Rolle. Die Berechnung der Lärmpegel erfolgt hierbei mittels vorgegebenen europaweit harmonisierten Berechnungsverfahren, die

einen Vergleich innerhalb der EU bewerkstelligen sollen. Die nationalen Berechnungsverfahren sind nicht identisch, daher dürfen die Ergebnisse (Lärmwerte) nicht direkt mit nationalen Grenzwerten verglichen werden.

Im Zuge des Erarbeitungsprozesses des Lärmaktionsplanes wurde festgestellt, dass die größten Lärmbelastungen durch den Verkehrslärm verursacht werden. Aufgrund dessen wurden daher in das Maßnahmenprogramm ausschließlich Vorkehrungen und Verfahrensweisen, die diesen Hauptlärmemittenten betreffen, aufgenommen.

Den angesprochenen Konflikt zwischen einer Wohnbebauung und einem angrenzenden Gewerbebereich zu lösen, ist keine Aufgabe der Lärminderungsplanung. Dieser kann nur durch ein Bündel von Maßnahmen baurechtlicher und städteplanerischer Natur sowie durch Aktivitäten der Wirtschaftsförderung entschärft werden.

Leuer

Anlage/n: ./.